

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 16. bis 28. Februar 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk., Postbezugspreis für März, Februar 3 März ohne Postzustellungsgebühr, Einzelnummer 10 Pfennig.

**Unzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 10 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., auswärts 20 Pf., die 20 mm breite Reklamazeile 150 Pf., auswärts 200 Pf., Offertengebühr 10 Pf., Placat, Placard, Aufträge etc. Vorzuspeziellung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 38/42.  
 Druck u. Verlag von Joseph A. Reichardt in Dresden.  
 Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.  
 Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.  
 Nur für Nachspeziellung: 20 011.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Verleih-Magazin**  
 Möbel, Porzellan, Glas, Silber,  
 Stühle, Wäsche, Teppiche usw.  
**Ferd. Menzer** Nur Christianstr. 7  
 Telefon: 14273

**Blüthner-Flügel**  
**-Pianos**  
 Prager Straße 12  
 Fernruf 16378

**Dauerbrand-Öfen** aller Systeme  
 in größter Auswahl und allen Preislagen.  
 Reichhaltiges Musterlager zur Besichtigung empfohlen.  
**Florian Czockerts Nachfolger**  
 Ferdinand Wiesner  
 Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15. Sammelruf 25401.

## Kritik der Parteien am Reichsetat.

### Bedrohliche Zuspitzung bei Schanghai. — Enteignung der deutschen Industrie in der Tschechei?

#### Fortsetzung der Haushaltsdebatte im Reichstag

**Berlin, 17. Febr.** In der heutigen Reichstags-Sitzung wird die erste Lesung des Reichshaushaltplanes für 1927 fortgesetzt. Abg. **Reubauer** (Komm.) stellt fest, daß seit Weibchen der deutschen Republik 15 Reichsregierungen sich betätigt hätten. Jedes Kabinett hätte also eine durchschnittliche Lebensdauer von sieben Monaten gehabt. Dieser Konium an Regierungen sei einigermassen groß. Es gab zehn Finanzminister, und zwar drei Demokraten, drei Zentrumleute, einen Deutschnationalen, einen Volksparteiler und als besondere Perle den Sozialdemokraten **Hilferding**. Die ersten Finanzminister brachten Deutschland mit Weiskirchen in die Billionen-inflation hinein. Dann kamen die Finanzminister der Stabilisierung. Dr. **Vulher** war der Mann der brutalen Steuererhöhungen, der Massenansammlungen. Herr **Schlieben** brachte die ungeheuerlichen Steuer- und Zollmehrerhöhungen. Es war eine Korruptions- und Subventionspolitik. **Reinhold** war der Mann des Finanzkapitals, der die ganze Finanzpolitik im Sinne des Frankkapitals leitete. Abg. **Reinath** (D. Sp.) wies darauf hin, daß die Heberhände der vergangenen Jahre eine glänzende Bilanz vorläusen und zu zahlreichen neuen Ausgaben verläusren. Heute komme es darauf an, mit den zu erwartenden tatsächlichen Einnahmen zu wirtschaften. Die Zulage einer neuen Beamtenbesoldungsregelung muß unbedingt eingehalten werden. Auch in der Entschädigungsfrage müste trotz des Haager Spruches in jedem Fall etwas gechehen. Die Dedung der bevorstehenden großen Reparationslasten sei nur durch umfangreiche Steuererhöhungen möglich. Dem stehe die eberne Tatsache gegenüber, daß nicht nur eine weitere Erhöhung der Gesamtsteuerlast unmöglich ist, sondern daß vielmehr eine wesentliche Senkung eine kaum bestrittene Notwendigkeit darstelle. Die Bedürfnisse der öffentlichen Hand müsten der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung angepaßt werden.

**Die Grenze des Erträglichsten ist bei den Steuern erheblich überschritten.**

Unsere Steuerlast ist trotz der Verminderung der Bevölkerungszahl und enormer Vermögensverluste um ungefähr das Zweifelhafte geblieben. Die Belastung des einzelnen ist heute zahlreicher Sondersteuern um das Drei- bis Vierfache. Der Redner erörterte dann die Möglichkeit von Einsparungen in den einzelnen Etats. Bei unserer Wehrmacht werde man nicht darauf verzichten können, alle technischen Verbesserungen und Vorteile zu verwenden. Irigendwelche wesentlichen Einsparungen werden nicht möglich sein. Alle nur mög-

lichen Einsparnisse im Gesamtetat könnten uns aber nicht aus dem Finanz- und Steuerelend herausbringen.

#### Die Hauptaufgaben der Einsparung lägen in erster Linie bei den Ländern und Gemeinden.

Es müste eine angemessene Verteilung der Steuern zwischen Reich und Ländern erreicht werden. Das Deutsche Reich mit seinen geschichtlich gewordenen Ländern stelle, als Gesamtheit betrachtet, ein außerordentlich schwerfälliges staatsrechtliches Gebilde dar. Die Länder mit ihrer ganz verschiedenen Größenordnung ließen sich schwer nach einem einheitlichen System verwalten. Sie führten zu vielen Unzweckmäßigkeiten, insbesondere zu einer großen Verteuerung des gesamten Staatsapparates. Das müste in einer Zeit gewaltiger Steuerlasten einmal offen ausgesprochen werden. Wir verkenne keineswegs, betonte der Redner, die große Bedeutung der Länder, und es liegt uns fern, an gewalttätige Eingriffe zu denken. Auf der anderen Seite geht es nicht an, auf Kosten der Gesamtheit des deutschen Volkes die Selbständigkeit kleiner Länder künstlich aufrechtzuerhalten.

#### An der Reichsfinanzverwaltung halten wir fest.

Sie bildet eine erhebliche Vereinfachung der Verwaltung und eine gleichmäßige Bekämpfung der Bevölkerung. Eine Verminderung der Zahlungsstermine würde eine wesentliche Entlastung herbeiführen. Das Reich müste an den Hauptsteuern angemessen beteiligt werden. Einer Verchiebung zu Gunsten der Länder und Gemeinden könne die Deutsche Volkspartei nicht zustimmen. Technische und sachliche Gründe sprächen für eine vorläufige Regelung des Finanzausgleichs, aber die endgültige müste möglichst bald kommen. Eine Erhöhung der steuerlichen Reichsgarantie sei bedenklich. Die Gemeindegetränksteuer sollte ganz aufgehoben werden. Die Ausbahrungen der Realsteuern müsten sofort beseitigt werden. Der Redner forderte ein entsprechendes Reichsgesetz und trat für baldiges Verschwinden der Hauszinssteuer ein. Die Einkommensteuer sei überspannt. Die Höchstgrenze müste 33 1/2 Prozent betragen.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) verteidigte die Finanzpolitik des letzten Finanzministers Dr. **Reinhold**, die eine Belohnung der Wirtschaft gebracht hätte. Er forderte in seinen weiteren Ausführungen Sparsamkeit. Am Schluß erklärte er sich mit der vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs einverstanden. Die Beratungen würden danach abgebrochen. Der Haushaltsplan selbst würde dem Hauptauschuß überwiesen, während die erste Lesung noch fortgeführt werden wird. Das Haus verlag die Weiterberatung auf Freitag nachmittags.

#### Von Schlieben zu Köhler.

Die Staatsrede des neuen Reichsfinanzministers war nicht nur deshalb mit Spannung erwartet worden, weil sie ein klares Bild von der Finanzlage des Reiches und damit die Grundlage für die Beurteilung der Möglichkeiten von Wirtschaft- und Sozialpolitik geben sollte, sondern vor allem auch deshalb, weil darin zum Ausdruck kommen müste, ob mit dem neuen Mann im Reichsfinanzministerium ein Systemwechsel eintreten würde, oder ob er nach seiner bekannten innenpolitischen Einstellung geneigt sein würde, in den Fußstapfen seines Vorgängers Dr. **Reinhold** weiterzuvandeln. Schon bei der vom Zentrum erzwungenen Ernennung des bisherigen badischen Finanzministers, waren in dieser Hinsicht recht verschiedenartige Voraussetzungen aufgestellt worden. Den einen schien es, daß Dr. **Köhler** hauptsächlich aus politischen Gründen, als Aufpasser Dr. **Reinhold** und Gegenspieler für Dergal, dem Kabinett aufgedrungen worden sei, andere wieder meinten, daß der betonte Partikularismus, dem er als Vordeminister gehuldigt hatte, für seine Wahl bedeutend gewesen sei im Hinblick auf die brennend gewordene Frage des Finanzausgleichs. Daß sich gerade die Vertreter einer ausgesprochenen Mittelstraße in der neuen Koalition von Dr. **Köhler** als Reichsfinanzminister herlich wenig verprochen und Dr. **Reinhold**s Verbleiben in diesem Amt bedeutend lieber gesehen hätten, wissen wir aus den offenerzigen Ausführungen, die der volksparteiliche Abgeordnete Dr. **Schneider** kurz nach der Kabinettsneubildung in Dresden machte. Er legte bei der Begründung dieser Ansicht besonderen Nachdruck auf die geschäftliche Gewandtheit, mit der sich Dr. **Reinhold** in alle Teile seines Tätigkeitsgebietes eingearbeitet hatte, und auf sein gutes Zusammenarbeiten mit dem Reparationsagenten **Barke** **Gilbert**, der von Washington aus, wo er zur Berichterstattung weilte, Dr. **Stresemann** telegraphisch gebeten haben soll, doch ja für die Wiederernennung Dr. **Reinhold**s einzutreten. Man braucht in der Form, in der der Reparationsagent einzuwirken veruchte, keine bewußte Eumischung in innerdeutsche Angelegenheiten zu erblicken, aber man kann doch der Meinung sein, daß eine solche Parteinahme in den Augen des deutschen Volkes keine Empfehlung für Dr. **Reinhold** war. Und es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß eben diese amerikanischen Kreise auf den die Reparationsfragen behandelnden Teil der Staatsrede Dr. **Köhlers** so lauer reagiert haben. Aber auch ihnen müste als praktisch denkenden Geschäftsmännern klar sein, daß die Wahrheit über die deutsche Finanzlage mit ihrer Auswirkung auf die Dawes-Erfüllung, wenn sie auch unangenehm ist, besser für beide Teile sein müste, als optimistische Zählwörter, die durch die Entwicklung der Dinge unbedingt zügen gestraft wird. Schließlich müste solchen ausländischen Kritikern auch zu verstehen gegeben werden, daß der deutsche Reichsfinanzminister zuerst Verwalter des deutschen Nationalvermögens, und dann erst Reparationsminister ist.

Wenn also weite Kreise auch der jetzigen Regierungskoalition dem neuen Mann recht mißtraulich gegenüberstehen hatten, weil sie an ihm etwas Großzügiges vermisten, das ihnen bei Dr. **Reinhold** imponiert hatte, so hat das erste Auftreten Dr. **Köhlers** im Reichstag doch auch diese Kritiker angenehm enttäuscht. Nicht nur die Regierungsparteien, auch derjenige Teil der Opposition, der zur sachlichen Mitarbeit bereit ist, konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß hier ein Mann auf den Plan getreten ist, der an seine schwere Aufgabe nüchtern und sachlich herantritt, unter Verzicht auf große Worte, aber offenbar bereit zu notwendigen Taten. Ueber alle Einzelheiten hinweg aber über-

## Schanghai durch Kantontuppen bedroht.

#### Zerlegung der Verteidigungsarmee Suns.

**Schanghai, 17. Febr.** Bei der heiligen Eisenbahnverwaltung einlaufende Meldungen bestätigen, daß **Sung Tschou**, der Endpunkt der Chekiang-Bahn 200 Kilometer vor Schanghai, von den Kantonesen genommen worden ist. Die Armee des Generals **Sun** ist im vollen Rückzug in der Richtung auf Schanghai. **Sung Tschou** gilt als strategisch Schanghai beherrschender Punkt. Bei dem englischen Militär herrscht infolge dieser Nachricht lebhaftes Unruhe.

**Schanghai, 17. Febr.** (Neuer.) Nachrichten aus Canton zufolge soll der bedeutendste General **Sun** **Schuanfang**, der bisher mit einer Armee in der Provinz **Tschekiang** hand, nach der Provinz **Anhui** marschiert sein, um dort abzuwarten, welche Partei bei den bevorstehenden Kämpfen die Oberhand behalten wird. Auch die dritte Armee **Sun** **Schuanfangs** soll zu den **Schubruppen** übergegangen sein. Die auf dem Rückzug befindlichen Truppen **Sun** **Schuanfangs** sollen zahlreiche Plünderungen verübt und eine Reihe von Chinesen erschossen haben. (W.Z.)

#### Ein diplomatischer Vertreter Kantons in Tokio

**Tokio, 17. Febr.** Die Kantongregierung entsandte **Tsai Tien-shu**, den Schwiegerohn Dr. **Sun** **Jiatiens**, als deren diplomatischen Vertreter nach Japan. Es verlautet, daß die heiligen Behörden zwar nicht beabsichtigen, ihn als diplomatischen Vertreter anzuerkennen, daß sie aber wahrscheinlich bereit sein werden, mit ihm Verhandlungen zu führen, soweit japanische Rechte und Interessen in Südchina in Betracht kommen. (W. Z. B.)

#### Ein Japaner Soldirektor in China.

**Paris, 17. Febr.** Die die Agentur **Indo Pacific** aus Tokio berichtet, ist der japanische Delegierte bei der chinesischen Volkverwaltung **Rishimota** zum Soldirektor ernannt worden. Er übernimmt hiermit den Posten, den der englische **Edwards** als Nachfolger des von den Chinesen seines Amtes entsetzten **Allen** innehatte. „Temps“ bemerkt: Auf Grund internationaler Bestimmungen muß der Posten des Direktors der chinesischen Zölle der Nation übertragen werden, die am

stärksten an China geschäftlich interessiert ist, und das ist seit einer gewissen Zeit Japan und nicht mehr England. (W.Z.)

#### Die chinesische Protestnote in Genf.

**Genf, 17. Febr.** Vor seiner Abreise aus Genf überreichte **Schaotjinschu** im Auftrage des chinesischen Ministeriums des Aeußeren dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Kenntnisnahme eine Abschrift der Note des chinesischen Ministers des Aeußeren an den britischen Gesandten in Peking vom 31. Januar 1927 betr. die Entsendung britischer Truppen nach China. Der Generalsekretär bestätigte den Empfang der Note und richtete gleichzeitig an den Vertreter Chinas die Anfrage, ob die chinesische Regierung wünsche, daß diese Note den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht werde. (W.Z.)

#### Der Völkerbund bei Kriegsgefahr.

**London, 17. Febr.** In der Schlussitzung des hier zusammengetretenen Unteranschlusses des Völkerbundes, der zum Studium der Frage eingeleitet war, welche Maßnahmen zu einer Beschleunigung des Eingetretens des Völkerbundesrates bei Kriegsgefahr getroffen werden können, wurde eine vollständige Einigung erzielt. In dem Entwurf des Ausschussesberichtes über Artikel 11 der Völkerbundstatuten wird jeglicher Krieg und jede Kriegsgefahr, gleichviel, ob dadurch ein Völkerbundmitglied sofort in Mitleidenschaft gezogen wird oder nicht, für eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes erklärt. Der Völkerbund soll jede Aktion unternehmen, die den Frieden der Nationen zu schätzen geeignet ist. Auf Ersuchen soll der Generalsekretär sofort eine Zusammenkunft des Völkerbundrates einberufen. Jedes Bundesmitglied hat das Recht, jeden Umstand, der das gute Einvernehmen zwischen den Nationen gefährden könnte, dem Bunde zur Kenntnis zu bringen. Der Unteranschuß hat seine vollständige Regelung für das Verfahren zur Anwendung des Artikels 11 abgefaßt, jedoch in völliger Einigkeit Empfehlungen gemacht, die dem Bericht an den Ausschuß des Völkerbundes angehängt werden sollen. (W. Z. B.)

**An unsere Postabonnenten!**

**War der Briefträger schon bei Ihnen,**  
 um die Bezugsgebühr für den Monat März zu kassieren?

Wenn nicht, so zahlen Sie den Betrag noch heute bei Ihrem Postamt ein, damit keine Unterbrechung in der Zeitungszustellung eintritt.

**Verlag der Dresdner Nachrichten.**